

Zum Plan von Opel am Standort Bochum ab 2016 keine Fahrzeuge mehr zu produzieren, erklärt Dr. Frithjof Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen Bundestagsfraktion:

„Ich erkläre mich solidarisch mit den Arbeitnehmern, die nach der Entscheidung von Opel um ihre Arbeitsplätze fürchten. Eine frohe Adventszeit sieht anders aus. Für die Arbeitnehmer und die Region ist die Entscheidung von General Motors ein herber Schlag. Ich fordere die Opel Geschäftsführung und General Motors auf, sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst zu werden. Opel muss seinen Arbeitnehmern und ihren Familien eine schlüssige Zukunftsperspektive an die Hand geben. Die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze im Lagerbereich und die in der geplanten Komponentenfertigung reichen dabei nicht aus. Die Opelmitarbeiter haben in der Krise mit Lohnverzicht ihre Solidarität für Opel gezeigt, nun ist das Management am Zug. Verantwortung muss Opel auch gegenüber seinen Zulieferern aus der Region und deren Mitarbeitern zeigen. Auch hier sind tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Aus dieser Verantwortung dürfen sich Opel und General Motors nicht stehlen.

Opel muss sich auch um die Entwicklung der ehemaligen Betriebsflächen kümmern. Bei den Gesprächen über die Perspektiven bis 2022 muss sich die Geschäftsführung von Opel nun endlich ernsthaft beteiligen und dem Land und der Stadt weit entgegenkommen. Denn Eigentum verpflichtet.“